

Preisfestlegung im Buchhandel

Der Vorstand des Vörsenvereins der deutschen Buchhändler gibt bekannt, daß im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung die Preise der vor dem 1. Juli in Deutschland erschienenen Bücher bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 v. H. gesenkt werden, soweit nicht jetzt schon von dem Verlag eine Preisberabstimmung vorgenommen wird oder bereits vorgenommen worden ist. Die Bücher der neuesten Erzeugung, das heißt alle Werke, die nach dem 30. Juni erschienen sind, werden von der Preisfestlegung nicht betroffen. Die Ladenpreise dieser Werke, zu denen ein wesentlicher Teil der Weihnachtserzeugung gehört, bleiben unverändert; sie sind ohnedies schon wesentlich billiger als die Weihnachtserzeugnisse des Vorjahres. In manchen Fällen wird selbst bei größeren Werken und bei ganzen Gruppen die Preisfestlegung weder möglich noch nötig sein, da die Preise hier vielfach noch den Vorkriegspreisen entsprechen.

Weihnachtsbitte

Für die durch den Heimgang ihres treuherzigen, hochbetagten Krüppelsohns Sup. D. H. Braun im Frühling 1931 verwaiste große Schar von fast 1000 Krüppeln in Angerburg, Sieche, Blinde, Taubstumme, Schwachsinrige usw. erbittet auch zu diesem Weihnachtsfest in schwerer Notzeit Gaben der Liebe als Licht, Trost und Freude in tiefer Leidensnacht. Der Anstaltsleiter: Lic. Braun, Pfarrer. Postfachamt Königsberg (Pr.) Nr. 2423 „Krüppelanstalt Bethesda“, Angerburg (Ostpr.).

Sonntags- und Arbeiter-Rückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr

Um einen zu starken Andrang zu den am 23. Dezember nachmittags abfahrenden Zügen zu vermeiden, wird, wie bereits mitgeteilt, die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten auch auf den Vormittag des 23. Dezember ausgedehnt.

Diese Fahrkarten gelten daher zur Hinfahrt an allen Tagen vom Mittwoch, 23. Dezember bis Sonntag, 3. Jan. 1932, zur Rückfahrt an allen Tagen vom Mittwoch, 23. Dezember bis 4. Januar 1932, 9 Uhr. Die Benutzung von Eil- und Schnellzügen ist an allen Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlags zugelassen.

Ferner werden über Weihnachten noch weitere Sonntagsrückfahrkarten ausgegeben: In Stuttgart-Hbf. nach Basel, Berlin, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Halle (Saale), Hamburg-Altona, Hannover, Kassel, Koblenz, Köln, Leipzig und Osnabrück; in Heilbronn-Hbf. nach Berlin, Erfurt und Weimar; in Tübingen-Hbf. nach München und Pforzheim; in Ulm nach Berlin, Chemnitz, Dresden, Freiburg (Breisgau), Leipzig und Nürnberg.

Arbeiter-Rückfahrkarten können in diesem Jahr bereits vom 19. Dezember ab benutzt werden. Die Geltungsdauer der in der Zeit vom 19. bis 27. Dezember gelösten Arbeiter-Rückfahrkarten wird bis zum 4. Januar einschließlich verlängert.

Gemeinderatswahlen

Am Sonntag fanden verschiedentlich im Land Gemeinderatswahlen statt.

Ochsenhausen: Das Zentrum das erstmals als Partei bei der hiesigen Gemeinderatswahl auftrat, errang vier Sitze, ein Sitz fiel der Landwirtschaftlichen Vereinigung und zwei Sitze der NSDAP zu. Der Gewerbeverein, der bisher immer mit zwei Sitzen durchkam, ging leer aus, da sich keine Mitglieder der NSDAP zugewandt haben dürften.

Ellwangen: Zentrum 8 (7) Sitze, NSDAP 1 (0), Demokraten 1 (2), Kommunisten 0 (0). Der Gemeinderat setzt sich nunmehr zusammen aus: Zentrum 17, Nationalsozialisten 1 und Demokraten 2 insgesamt 20 Mandaten.

Kornwestheim: Kommunisten 1, Sozialdemokraten 3, Demokraten 2, Nationalsozialisten 1, Bauern- und Weingärtnerbund 1, Freie Wählergruppe 1, Zentrum und Christl. Volksdienst 0 Sitze.

Großheilingen: Sozialdemokraten 1, Kommunisten 1, Zentrum 3, Freie Bürgervereinigung 2, Handel und Gewerbe 1. Die Kommunisten haben 1 Sitz gewonnen, die Sozialdemokraten 1 Sitz verloren.

Geraßbrunn: Berufstätige 2 Sitze, Gewerbe und Landwirtschaft 5 Sitze.

Alpirsbach: Bürgerliche Parteien 4, Vereinigte Arbeiterparteien 2 Sitze.

Mengen O. A. Saulgau: Freie Wählervereinigung 5, Zentrum 3, Kommunisten 0 Sitze.

Waldsee: Gewerbe- und Handelsverein 4, Zentrum 3, Kommunisten 1, Nationalsozialisten 0 Sitze.

Wangen i. A.: Nationalsozialisten 1, Sozialdemokraten 1, Kommunisten 0, Gewerbe- und Handelsverein 3, Zentrum 4 Sitze.

Ehingen a. D.: Sozialdemokraten 0, Kommunisten 4, Freie Wähler 1, Zentrum 5, Nationalsozialisten 1, Demokraten 1.

Issig: Zentrum 4, Berufstätige 1, Nationalsozialisten 1, Freie Wähler 2 Sitze.

Obersal O. A. Künzelsau, 15. Dez. Bürgermeisterwahl. Am Samstag wurde der bisherige Ortsvorsteher Appel mit 136 von 138 gültig abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

In Eitenhausen O. A. Künzelsau wurde Ortsvorsteher Schumann mit 106 von 111 gültig abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Alten: Sozialdemokraten 2 Sitze, Zentrum 4, Nationalsozialisten 3 (+3), Bauernbund 0 (-1), Kommunisten 1 (+1), Deutschnationale Volkspartei 1 (+1), Wirtschaftl. Vereinigung 1 (-4) Sitze.

Blaubeuren: Sozialdemokraten 2 (bisher 2), Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft 4 (6), Nationalsozialisten 2 (0).

Caupheim: Christl. Arbeiter und Angestellte 1, Bürgerliche 6, Gewerkschaften und Sozialdemokraten 1, Nationalsozialisten 1 Sitz.

Wer ist schuld

an der Arbeitslosigkeit? Jeder Einzelne, der gedankenlos kauft und mit seinen Groschen die Auswüchse des heutigen Warenhauswesens unterstützt, das den Bankrott so vieler Betriebe aus Industrie, Gewerbe und Handel verschuldet. Die Pfennige, die Du beim Einkauf im Warenhaus zu sparen glaubst, morgen schon können sie Dich, Deinen Vater, Deine Geschwister arbeitslos machen!

Nicht ein paar großkapitalistische Konzerne sondern eine Vielzahl lebensfähiger Mittel- und Kleinbetriebe schaffen für jeden von uns Arbeit und Brot.

Gewerbe- und Handelsverein Wildbad.

Lokales.

Wildbad, den 16. Dezember 1931.

Sitzung des Gemeinderats am 15. Dezember 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 13 Mitglieder, außerdem einige Zuhörer.

1. **Fürsorgefachen.** Da einer der Herren Stadtpfarrer am Erscheinen um 2 Uhr verhindert ist, wird die Behandlung des Punktes Fürsorgefachen auf 3 Uhr angelegt.

2. **Beitragsbesuch des Kurvereins.** Nach kurzer Aussprache, an der sich der Vorsitzende und die Stadträte Bott, Fröhliche und Stephan beteiligen, werden dem Kurverein einstimmig 4000 Mark bewilligt.

3. **Gesuch des Schilubs Schwarzwald Pforzheim um Abholzung einer Waldfläche im Kegeltal zur Herstellung eines Übungsfeldes bei Sprollenhaus.** Schon wiederholt hat der vorstehende genannte Verein Gesuche zwecks Herstellung eines Übungsfeldes bezw. Sprungschanze bei Sprollenhaus eingereicht, die aber immer vom Gemeinderat abgelehnt wurden. Im vorliegenden Gesuch werden nochmals die Vorteile eines Übungsfeldes im Kegeltal eingeleitet; es wird hervorgehoben, daß diese Gegend ein überaus sicheres Schneegebiet ist, der Schnee bleibt lange liegen usw. Der Schilub bittet, vorläufig einen Streifen, der durch Schneeburk und Windbruch stark gelitten hat, abzuholzen, der dann später nach und nach vergrößert werden soll. Von den Befürwortern des Planes wurde ausgeführt, daß durch die Anlegung eines Übungsfeldes sich das Gebiet in Verbindung mit dem Sommerberg und Kaitenbrunn zu einem richtigen Wintersportgebiet erst entwickeln würde. Man solle den Leuten entgegenkommen und kein Mittel unversucht lassen, Schiläufer nach hier heranzuziehen. Von den Gegnern des Planes wurden die großen Aufwendungen der Stadtgemeinde für das Sommergebiet erwähnt; in der augenblicklichen Zeit falle es sehr schwer, bezw. sei es unmöglich, an solche Arbeiten heranzutreten; Mittel zum Abholzen aus der Stadtkasse seien nicht vorhanden. Auch ein Vertreter der Forstdirektion hat sich aus forstwirtschaftlichen Gründen gegen die Abholzung ausgesprochen. Die Abstimmung ergab eine vorläufige Ablehnung des Gesuchs mit allen gegen drei Stimmen (Kuch, Pfau, Stephan).

Es wird sodann in die Beratung des Punktes Fürsorgefachen eingetreten, nachdem die beiden Herren Stadtpfarrer erschienen sind; die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Die Verhandlungen über diesen Punkt dauerten von 3 bis 7/8 Uhr.

4. **Kartoffelabgabe an die Volksküche.** Die noch vorhandenen Kartoffeln der Stadtgemeinde, die für die Erwerbslosen beschafft wurden, werden als weiterer Beitrag der Stadtgemeinde an die Suppentische unentgeltlich abgegeben. Der Selbstkostenpreis beträgt 266,50 Mark.

5. **Für Heizung der beiden Bergbahnwagen im Winter** wurde von der Maschinenfabrik Eplingen Angebot eingeholt; die Kosten würden sich mit Montage auf 2200 Mark stellen. In Anbetracht der hohen Kosten und der Nichtdringlichkeit wird von einer Heizung der Wagen im Winter abgesehen; ebenso wird auch die Heizung der Wartehalle der Bergbahn, da kein geeigneter Ofen vorhanden und erst ein neuer angeschafft werden müßte, abgelehnt. Das Gesuch des Winterportvereins um Befestigung einer Schiwacht wird dahin erledigt, daß nach Rücksprache mit dem Führer der Sanitätskolonne diese eine Wache in der Nadelhütte stellt. Für die beiden Sportwarte des Winterportvereins wird der Fahrpreis für die Benützung der Bergbahn von 15 Mt. auf 5 Mark herabgesetzt.

6. **Gesuch der Hausbesitzer der Siedlung Sprollenhaus um Anbringung einer elektrischen Lampe.** Die Anbringung der Lampe in der Nähe des Feuersees wird genehmigt; Kostenpunkt 40 Mark, hinzu kommen die Stromkosten. Eine Anfrage von Stadtrat Klotz, wonach die Lampe am Kegeltalweg auch tagsüber brennt, wird dahingehend beantwortet, daß die Stadt die Stromkosten für diese nicht zahlt.

7. **Gesuch des Jagdpächters der Meisternjagd um Ueberlassung der Hütte im Brunnenfeld als Jagdhütte.** Die Hütte diente bisher dem Forstbetrieb; das städtische Forstamt hat gegen die Abtretung der Hälfte der Hütte an den Jagdpächter Schofer und Genossen nichts einzuwenden; die andere Hälfte muß dem Forstbetrieb (Unterstützen der Waldarbeiter bei schlechter Witterung, Aufbewahrung des Handwerkszeugs usw.) überlassen bleiben. Der jährliche Mietzins beträgt 50 Mark; das Jahr läuft vom 15. Oktober 1931 bis 14. Oktober 1932 u. s. f.; besondere Bedingungen sind das Einziehen einer Wand, Segen eines Ofens, Bewahrung des Kamins, Anbringung einer zweiten Tür, Fenster usw., zivilstrafrechtliche Haftbarmachung bei Wald- und Lichtbrand; die Jagdhütte darf nur von dem Jagdpächter selbst benützt werden. Die Stadt kann das Mietverhältnis jederzeit kündigen und die Hütte ist in dem Zustand zu lassen, wie sie ist. Stadtrat Stephan wünscht einen Zusatz in die Bedingungen, wonach auch ein Jagdgast die Hütte benützen

darf; Stadtrat Bott stellt daraufhin den Antrag, den Mietzins auf 100 Mark zu erhöhen, der aber mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt wird; auch der Antrag Stephan wird abgelehnt. Es bleibt also bei den obengenannten Bedingungen.

8. **Gesuch um Ueberlassung von Bauplätzen an der Paulinenstraße und Goethestraße.** Es liegen verschiedene Gesuche von Bauleustigen vor. Unter den gleichen Bedingungen wie bei den Bauherren Rohmer und Krauß, sollen Bauplätze an der Goethestraße abgegeben werden an Pflästerer Karl Bott, Fritz Bott und Robert Rothfuß. Der Preis für den Quadratmeter beträgt 2 Mark; einigen sich die Bauleustigen über die Wahl des Bauplatzes nicht, so soll das Los entscheiden. Zum Preis von 1 Mark für den Quadratmeter und unter den gleichen Bedingungen wie bei den bisherigen Bauherren werden Bauplätze an der Paulinenstraße abgegeben an Karl Aberle, Gipsler, Karl Mündinger, Maler und Karl Egel, Baugeschäft. Auch hier soll das Los entscheiden, wenn sich die Bauleustigen nicht einigen. Mit den Bauarbeiten muß spätestens am 1. April 1932 begonnen werden, andernfalls ein neues Gesuch um Ueberlassung eines Bauplatzes an die Stadtgemeinde eingereicht werden muß.

9. **Sonstiges.** Der Vorsitzende bringt das Gesuch der Ortsgruppe Wildbad der kommunistischen Partei zur Berlesung. (Den Wortlaut dieser Eingabe haben wir in der Montag-Nummer veröffentlicht. Die Schriftl.) Stadtrat Waidlich ist dafür, daß an die Notleidenden eine Weihnachtsgabe, wie schon in den früheren Jahren, verabreicht wird. Mit der Forderung, daß die Stadtgemeinde die Lohnfestlegung, die in der neuesten Roterordnung vorgesehen ist, nicht mitmachen soll, ist der Redner vollständig einig; ebenso auch Stadtrat Bott. Stadtrat Fröhliche spricht sich ebenfalls für eine Weihnachtsgabe aus. Der Vorsitzende erklärt, daß zur Erhebung einer Luxuswohnsteuer, die in der Eingabe vorgeschlagen wird, die gesetzliche Befugnis fehle. Die Beiträge zur Nothilfe und Suppentische, die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen, stellen immer größere Anforderungen an die Stadtkasse. Es sollen aber trotzdem Erhebungen über die Zahl der für eine Weihnachtsgabe in Betracht kommenden stattfinden; über die Höhe des auszu zahlenden Betrages beschließt der Gemeinderat in der nächsten Sitzung, die noch vor Weihnachten stattfinden wird. Der Gemeinderat erklärt sich einverstanden. — Um die Legung eines neuen Fußbodens zu vermeiden, wird mit allen gegen 3 Stimmen (Bott, Waidlich, Klotz) beschlossen, an Frau Rektor Eppler, die jetzt die Rektorswohnung verläßt, 100 Mark zu zahlen; dafür bleibt das Linoleum in Größe von 42 Quadratmeter liegen, das seiner Zeit auf eigene Kosten gelegt wurde; inbegriffen in diesem Preis sind auch die undurchsichtigen Glascheiben in der Glasabschlusstür, die auch auf eigene Kosten eingesetzt wurden. Von Stadtrat Rothmann als Mitglied der Baukommission wurde bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß die Instandsetzung der Rektorswohnung (Tapezieren, Anstreicherarbeiten, Terrazzoebden in Küche und Abort, Befestigung einer Wand) einen Aufwand von 1500 Mark erfordern wird. Er habe dem Stadtbaumeister gegenüber die Verantwortung darüber abgelehnt; die Baukommission des neuen Gemeinderats solle darüber beschließen. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefordert, daß unbedingt die Unterlagen, bevor mit den Arbeiten an dieser Wohnung begonnen wird, dem Gesamt-Gemeinderat vorgelegt werden, was auch zugesagt wurde. — Der Vorsitzende gab Kenntnis von der Revision der Bergbahnkasse; Belege und alles andere wurde in Ordnung befunden. — Dem erkrankten Borarbeiter Albert Schmid wünscht der Vorsitzende baldige Genesung. — Ein Schreiben des Oberstulrats betr. Fortbildungsschule wurde zur Berlesung gebracht; die Bezahlung von Ueberstunden wird darin abgelehnt. — Dem Turnverein wird die Turn- und Festhalle zur Abhaltung einer Weihnachtsfeier am 26. Dezember überlassen. — An der Tagung des Waldbesitzerverbands in Stuttgart hat der Vorsitzende teilgenommen; die dort gefaßte Resolution wurde bereits in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht. — Die Feuermelder und Alarmvorrichtungen der Baderlinie wurden bei einer Prüfung in Ordnung befunden. — Von der Zahlung der Feuerwehrabgabe wurde Adolf Holz befreit. — Kürzlich fand eine Waldbegehung durch Oberforstrat Mayer und die Waldkommission statt; die Mitglieder dieser Kommission erstatteten Bericht über ihre Eindrücke und Erfahrungen. Der Vorsitzende gab einige Erlöse der letzten Holzverkäufe bekannt, die ein ganz trauriges Bild von dem Darniederliegen der Holzpreise zeigten. — Für die Hilfe der Feuerwehr bei dem Brand der Sägmühle in Calmbach wurde jetzt eine Entschädigung von 140 Mark gezahlt. — Gegen die Zunahme der Ratten soll im Einvernehmen mit Herrn Stadtkrieger Dr. Biehler an einem noch zu bestimmenden Tage Rattengift ausgelegt werden; die Kosten betragen etwa 100 Mark. — Auf eine Anfrage von Stadtrat Waidlich wird festgestellt, daß zur Benützung des Vereinszimmers in der Turnhalle zu Versammlungen, die Erlaubnis vom Bürgermeisteramt einzuholen ist.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

Hauptversammlung des Kurvereins.

Fortsetzung.

Daß sich hier wie in allen Bädern die finanzielle Lage der Betriebe so ungünstig gestalten konnte, liegt mit an dem kleinen Gewinn, den gerade der Saisonbetrieb infolge der ungenügenden Zusage eines verhältnismäßig großen Kapitals auch in den Jahren vor dem Krieg nur erzielen konnte. Heute kommt noch die ungeheure steuerliche Belastung insbesondere durch die Hauszinssteuer dazu und die Neuinvestitionen für moderne Einrichtungen und fließendes Wasser, die beide heute auch von den kleinen Betrieben verlangt werden. Unterläßt ein Betrieb dies heute, dann geht die Besucherzahl so stark zurück, daß hierdurch neue Schwierigkeiten entstehen. Die Belastung des Hotelgewerbes mit Steuern beträgt nach einer Zeitungsnachricht in Deutschland 15% des Umsatzes, in der Schweiz 3 bis 5%, die Belastung durch Löhne und soziale Abgaben in Deutschland 10 bis 14%, in der Schweiz (Löhne) 9,5%. Das Ausland besuchten im Jahre 1929 nach der Statistik des Reichsamtes 2288 700 Deutsche, in Deutschland hielten sich dagegen nur 1 645 000 Ausländer auf.

Soeben bringt die Presse unter der Ueberschrift: „Ein aufsehenerregender Hotel-Zusammenbruch“ folgende Nachricht: Der Präsident des Reichsverbandes deutscher Hotels und verwandter Betriebe, Reichstagsabgeordneter Friedrich Wilhelm Nolte hat soeben für die in seinem Besitz befindlichen Großhotels den Rheinischen Hof in Hannover, das Hotel Ernst August ebenda und das Kurhotel in Bad Pyrmont die ZahlungsEinstellung erklärt. Noch vor wenigen Tagen hat er in der Hauptversammlung des Reichsverbandes deutscher Hotelbesitzer erklärt, daß das Hotelgewerbe aus seiner bisher lokalweise beobachteten Zurückhaltung heraustreten und einmal öffentlich über die schwierige Lage des Gewerbes sprechen müsse. Dies sei umso weniger als Staat und Gemeinden mit Rücksichtslosen Steuerbeitreibungen einsetzten, obwohl ihnen bekannt sein müsse, daß das Hotel und Gaststättengewerbe diese Summen nicht mehr aufbringen könne. Die Einnahmen in den Provinzhotels reichen nach Begleichung der Waren und der notwendigen Unkosten wie Löhne und Sozialabgaben nicht mehr aus, um rechtzeitig die Zinsbeträge für die Hypothekengläubiger zusammenzubringen, geschweige denn die Steuerlasten. Jede Kreditmöglichkeit sei angeschnitten. Bei dieser Sachlage müsse jede Zwangsmaßnahme auf steuerlichem Gebiet zum Zusammenbruch der Betriebe führen. Nolte gilt als ein besonders befähigter Hotelfachmann und ist aus diesem Grunde nicht nur fast seit Bestehen des Reichsverbandes dessen Führer, sondern er ist auch bereits zweimal zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Sein geschäftlicher Zusammenbruch muß daher als besonders charakteristisches Zeichen der Zeit gewertet werden.

Fast gleichzeitig hat das große Metropolhotel in Wiesbaden die Zahlungen eingestellt, nachdem dort vorher das Palasthotel, das Hotel Quisisana und das größte Wiesbadener Hotel der Kaiserhof Opfer dieser schweren Zeit geworden sind. Wenn man dazu die Zusammenbrüche der berühmten Münchener Hotels, wie der Bierjahreszeiten, des Reichsadler und des Parthotels nimmt, so ergibt sich ein trostloses Bild der Lage im Hotelgewerbe. Dies sind keine Sturmzeichen mehr, dies ist S. D. S. Ob hier die durch die Notverordnung veränderte Herabsetzung der Hauszinssteuer und der ev. Schutz bei Zwangsverkäufen allein nützen kann, ist mehr als fraglich. Das Hotelgewerbe der meisten europäischen Länder ist in einer wenig glücklichen Lage und wenn wir aus Böhmen den Stofleuzer vernehmen: „Nur die Steuerverwaltung ist eifrig hinter der Fremdenpflege her und läßt kein Mittel unbenutzt, vielen Vermietern die Freude am Fremdenverkehr zu verleiden“, so tut dies unserem Herzen wohl. In wie weitgehendem Maße aber fremde Länder das Fremdengewerbe unterstützen, wird denjenigen noch in Erinnerung sein, die meinen vorjährigen Geschäftsbericht angehört haben. Nur billige Preise bei guter Qualität des gebotenen fördern den Fremdenverkehr, hohe Steuern wirken ihm entgegen. Gewiß sind wir ein armes Land, aber Oesterreich ist sicher doch auch nicht allzu glücksbegabt. Es geschieht aber doch etwas. Der Neue Wiener Journal berichtet:

Beim Bundeskanzler Dr. Buresch erschien gestern eine Abordnung des österreichischen Hotelierverbandes unter Führung des Vandeschauptmannsstellvertreters Herrn Professor Dr. Josef Jählers, die auf die besonders bedrängte Lage des österreichischen Hotelgewerbes hinwies und verlangte, daß die Schaffung einer Hoteltreuhandlungsgesellschaft nach Schweizer Muster so schnell als möglich durchgeführt werde.

Gegenüber dem kolossalen Passivum der österreichischen Zahlungsbilanz stellt der Fremdenverkehr mit 200 Millionen Schilling das größte Aktivum dar. Die Regierung, die sich der Einsicht nicht verschließen konnte, daß es ohne Hotels keinen Fremdenverkehr gibt, hat daher um die Leistungsfähigkeit dieser Betriebe zu erhöhen, zahlreiche Sonderunterstützungen in Aussicht gestellt. Sie hat Investitionsbegünstigungen verprochen.

Diese Verprechungen wurden aber nicht gehalten. Um die Wünsche der Hotelier aber bei der Regierung durchzusetzen, hat sich Dr. Bichler an die Spitze der fünfköpfigen Deputation gestellt, die gestern beim Bundeskanzler Buresch in Gegenwart um nachstehende Forderungen zu überreichen: 1. Stundung der Steuern und Abgaben; 2. sofortige Novellierung des Gebäudesteuerlandesgesetzes, das für die leerstehenden Räume die ganze Steuer vorschreibt und sofortige Durchführung einer allgemeinen Hotelkreditaktion.

Bundeskanzler Buresch hat die Unterstützung der Hotelier in diesen drei Punkten zugesagt und versprochen, die Aktion im nächsten Ministerrat zur Sprache zu bringen.

Hoteltreuhandlungsgesellschaft nach Schweizer Muster.

Was nun speziell die Kreditaktion anbelangt, sind die Hotelier an die Regierung mit einem konkreten Vorschlag herantreten. Sie haben nämlich die Errichtung einer Treuhandlungsgesellschaft nach Schweizer Muster angeregt. In der Schweiz, wo die Krise des Hotelgewerbes bereits im Jahre 1914 ausgebrochen war, wurde nämlich damals eine derartige Gesellschaft errichtet, deren Aktienkapital vom Staate und den einzelnen Kantons gezeichnet war, während die Kredite unter Ausgabe von Obligationen, die auf die Häuser sichergestellt wurden, gewährt wurden. Auf diese Weise gelang es der Schweizer Hoteltreuhandlungsgesellschaft, im Laufe der Jahre 300 Betriebe zu sanieren und eine Schuldabtragung in Höhe von 54 Millionen Sfr. durchzuführen. Die Deputation hat weiter vorgeschlagen, den Chef der Schweizer Hoteltreuhandlungsgesellschaft Dr. Sailer aus Zürich nach Wien kommen zu lassen, damit er als herbeirufender Sachverständiger auf dem Gebiet des Hotelwesens die Regierung beraten könne.

Im Anfang war die Tat.

Das deutsche Fremdengewerbe war nie auf Rosen gebettet, aber gerade die Schwierigkeiten allerorts müssen zu einer straffen Organisation und zu einer immerfortwährenden Vertretung unserer Belange führen. Ich sage unserer Belange, denn keine Organisation kann arbeiten, wenn ihr nicht von Seiten ihrer Mitglieder der Rücken gestärkt wird und ich muß auch hier immer wieder betonen, daß auch ich meine erste Aufgabe in der Vertretung der Belange, Förderung des Verkehrs, der in Heranziehung neuer Gäste, Schaffung neuer Werbungsmaßnahmen suche und nicht in der Vertretung derjenigen Gäste, die nun gerade zufällig das Verkehrsbüro zur Beratung aufsuchen, und ich glaube, daß meine Ansicht hierin bisher im Einklang mit derjenigen des Ausschusses und der Hauptversammlung war. Nur wenn bei allen Interessenten die Ansicht durchgedrungen ist, von der Wichtigkeit der durch uns vertretenen Fremdenindustrie-gewerbes erlangen die auf Abhilfe gehenden Gedanken die Durchschlagkraft, die bei der schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands und der dadurch erzeugten Widerstände der Gegenparteien, absolut notwendig ist.

Ich weise nur darauf hin, daß die Reichsbahn noch vor Jahresfrist die auch in meinem letztjährigen Geschäftsbericht erhobenen Forderungen auf Begünstigung, weit von sich wies, heute aber schon viel mehr geneigt ist, hier entgegenzukommen und auch in der Schaffung von Reg- und Be-

zirksarten, die in Bälde bekanntgegeben wird, hier einen Schritt entgegengekommen ist. Wie nötig solche Ermäßigungen sind, beweist die diesjährige Abnahme der Gäste aus dem Norden, die großenteils durch die teuren Bahnpreise sich veranlaßt fühlten, in der Nähe von Berlin und Hamburg zu bleiben und für die durch die Zunahme süddeutscher Gäste nur ein bescheidener Ausgleich geschaffen werden konnte.

Wie schon erwähnt, ließ sich in Wildbad die Saison verhältnismäßig günstig an. Auch die Witterung war teilweise recht günstig, während man in den übrigen Monaten über Wassermangel von oben nicht zu klagen hatte, wie eben in Katastrophenjahren immer alles zusammenwirft. Und durch die schönen Tage im September ließen sich die Gäste auch nicht mehr halten, ab 8. wurde es mit einem Schlag sehr ruhig. Die schwersten Erschütterungen für die Saison aber brachten die Katastrophen auf dem Geldmarkt und die mit den Notverordnungen zusammenhängenden Unsicherheiten. Es ist da so allerhand zusammengekommen, auf das ins einzelne einzugehen, keinen Zweck hat. Aber hoffentlich vergessen unsere guten Deutschen, die manchmal ein so schlechtes Gedächtnis haben nicht die Behandlung, die ihnen in diesen Tagen in der Schweiz zu Teil wurde. Die 100 Mark-Gebühr, auf die ich später noch zurückkomme, hat uns manchen Gast gebracht, der sonst nach Gastein gefahren wäre. Allerdings waren die Gasteiner Gäste mit ihrem erzwungenen Kuraufenthalt hier nicht immer zufrieden, sie anerkannten die billigen Preise, aber man hörte doch manche Klage über fehlenden Komfort. Sicher ist, daß die Heilkraft unserer Bäder manchen dieser Gäste wieder hierher führen wird.

Eine eigenartige Rolle in diesem Streit hat übrigens die deutsche Presse gespielt, die sofort für Abschaffung der Gebühr eintrat in einer Einmütigkeit, die den Verdacht nicht von der Hand zu weisen ließ, daß die Angst vor dem Verlust ausländischer Anzeigenaufträge hier eine bedeutende Rolle spielte. Diese wird beleuchtet durch ein Rundschreiben an die Mitglieder des Verkehrsvereins für Graubünden: „Die Propaganda-Kommission des Verkehrsvereins für Graubünden ist am 11. dieses Monats in Fällur zusammengetreten, um die Sachlage zu prüfen, die sich durch die von der deutschen Regierung Mitte Juli verordneten Notmaßnahmen zur Entziehung einer Ausreisegeldgebühr im Betrage von Mark 100.—, in der man den bündnerischen Verkehrsinteressen in Deutschland gestützten Interessenklame pro Sommerreise 1931 ergeben hat.“

Es dürfte auch Ihnen bekannt sein, daß Stimmen laut geworden sind, die als Antwort auf die Ausreisegeldgebühr einer Reduktion der Insertionsbeträge das Wort reden oder sogar Annullierung der abgeschlossenen Insertionsabmachungen in Vorschlag brachten. Diese rechtlich nicht aufrecht zu erhaltenden Stellungnahme hätte zweifelsohne unangenehme Auseinandersetzungen und eine unerwünschte Spannung zwischen der deutschen Presse und unserem Lande zur Folge gehabt. Die Trübung, die die jahrelangen ausgezeichneten Beziehungen unseres Gastwirtsgebietes zur deutschen Presse durch eine kaufmännisch und psychologisch unkluge Maßnahme seitens der Schweiz erfahren hätten, würde unseren ausgedehnten Reiseverkehrinteressen in Deutschland bestimmt mehr geschadet haben, als eine uns augenblickliche Erleichterung hinsichtlich des Insertionsbudget genützt hätte. Nach reiflicher Überlegung des ganzen Fragekomplexes haben sich die Meinungen der Mitglieder dahin verdichtet, daß erstens die Insertionsrechnungen in allen Fällen in vollem Umfang bezahlt werden sollten usw. und daß zweitens unsere Propagandaorganisationen der deutschen Presse gegenüber der bestimmten Erwartung Ausdruck verleihen sollten, daß sie unser Land zugunsten künftiger Saisonredaktionellpropagandistisch in vermehrtem Maße nachdrücklich unterstützen.

Vergleichen wir daneben die Haltung der englischen Presse, die vor kurzem ganz von sich aus beschlossen hat, Anzeigen ausländischer Fremdenplätze nicht mehr aufzunehmen, oder ihnen höchstens eine ganz bescheidene Anzeigebühne zu gewähren.

Unsere Werbetätigkeit hat sich ungefähr im bisherigen Rahmen gehalten. Sie ist durch die geringen zur Verfügung stehenden Mittel neben dem ausgedehnten Prospektvertrieb beschränkt auf solche Maßnahmen, die nicht viel kosten. Es ergibt dies eine Menge Kleinarbeit. Neben einem Winterprospekt wurden 40 000 Faltprospekte nach einem neuen Verfahren hergestellt. Die Titelseiten wurden von einem vorzüglichen Plakatkünstler entworfen und gefolien allgemein. Diese Menge reicht knapp für ein Jahr aus. In Begleitung einer ebenso großen Menge Hotel- und Wohnungsverzeichnis, in das unsere Mitglieder kostenlos aufgenommen werden, und das allein eine bedeutende Gegenleistung für den Mitgliedsbeitrag darstellt, wandern sie in die Welt. Von der Badverwaltung werden dazu noch engl., franz. und holländische Prospekte herausgegeben, denen ebenfalls ein Hotelverzeichnis beigelegt wurde, an dessen Kosten wir mitbeteiligt sind.

(Fortsetzung folgt).

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Weihnachtsbeihilfen an Erwerbslose verboten. Die Auszahlung der in der Stadtverordnetenversammlung von S. u. S. kirchen Reg.-Bez. Köln beschlossenen Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen ist von der Regierung untersagt worden, da eine Anzahl Städte nicht in der Lage ist, Weihnachtsbeihilfen auszugeben, und diese dadurch Schwierigkeiten mit den Erwerbslosen ihrer Stadt fürchten.

Erwerbslose schürfen sich Braunkohle. Mitte Oktober erschloß sich die Verwaltung der Grube Alexandria bei H. h. n. (Westerwald) den früher bei ihr beschäftigten Bergarbeitern die Möglichkeit zur Erarbeitung des Winterbedarfs an Kohlen zu geben. Einige hundert Bergarbeiter führen in bestimmten Gruppen so lange ein, bis jeder Bergarbeiter etwa 72 Zentner Braunkohle erhalten konnte. Das großzügige Winterhilfswerk der Grube ist jetzt beendet worden. Es wurde festgestellt, daß etwa 30 000 Zentner Braunkohle im Wert von über 16 000 Mark von den Bergleuten für ihren eigenen Bedarf gefördert wurden.

Hausfuchung bei dem Gesandten J. D. v. Reichenau. Auf Schloß Rotenberg bei Wiesloch (Baden), das dem der Nationalsozialistischen Bewegung nahestehenden Gesandten J. D. v. Reichenau gehört, wurde am Sonntag nachmittag eine Hausfuchung durch die Schutzpolizei vorgenommen, während auf dem Schloß eine Besprechung stattfand, an der Herren und Damen verschiedener Parteirichtungen und auch Personen ohne ausgesprochen politische Richtung teilnahmen. Der Gesandte und seine Frau wurden vollständig verhört und ein Teil des vorgefundenen schriftlichen Materials beschlagnahmt.

Wie L. l. meldet, sind auch Privatbriefe des Reichspräsidenten v. Hindenburg und Adolf Hitlers an Erzellena v. Reichenau beschlagnahmt und die

anwesenden Gäste körperlich durchsucht worden. Herr v. Reichenau und die übrigen Mitglieder der Gesellschaft werden gegen das Vorgehen der Polizei an zuständiger Stelle Beschwerde erheben und sich nötigenfalls an den Reichspräsidenten wenden.

Das Versammlungsverbot der „Vierten“. Der „Völkische Beobachter“ München teilt mit, daß durch den Weihnachtsburgfrieden der „Vierten“ (Notverordnung) rund 6000 bereits angelegte nationalsozialistische Versammlungen verhindert worden seien. Dafür seien 40 000 Neuanmeldungen zur Partei erfolgt, nachdem bereits im November 33 000 Neuanmeldungen vollzogen worden seien. Für den Monat Januar müsse eine Mitgliederbeschränkung angeordnet werden.

Die verbotene Rundfunkrede Hitlers an Amerika ist den Berliner Berichterstatter der englischen und amerikanischen Presse zur Weiterleitung an ihre Blätter übergeben worden.

Schadenerfolg für Stromdiebstahl. Das Hotel „Schloß Burg“ in Düsseldorf hatte in den letzten drei Jahren unerlaubt dem städtischen Elektrizitätswerk Strom entnommen, dessen Wert sich nach der Schätzung des Gutachters der Handelskammer auf 33 000 Mark beläuft. Dem Hotel wird nun der Strom überhaupt gesperrt, wenn die Firma nicht sich verpflichtet, zum 20. Dezember 10 000 Mark an die Stadtkasse zu zahlen, bis die Summe von 33 000 Mark abgedeckt ist.

Explosion geflohenen Sprengstoffs. In der Tongrube einer Flegel bei Helmstedt (Braunschweig) wurden am Sonntag aus dem Munitionsbüchsen 55,5 Kg. Ammonit in Paketen gestohlen. Beim Vergraben des Diebstahls in einem Wald, einen Kilometer von der Grube entfernt, mußten die Diebe unvorsichtig zu Werk gegangen sein. Abends hörte man in Helmstedt ein starkes Getöse und man entdeckte im Wald ein durch die Explosion entstandenes tiefes Loch. Die Täter sind noch unbekannt.

Deutscher Dampfer auf Grund geraten. Aus Körvik (Norwegen) wird gemeldet: Der Trawler „Frieda“ aus Cuxhaven ist auf dem Weg zum Weihen Meer in der Nacht zum Sonntag in der Nähe von Körvik auf Grund gelaufen. Das Schiff hatte eine 14köpfige Besatzung an Bord, die nach schwieriger Rettungsarbeit von dem norwegischen Dampfer „Blauflügel“ gerettet wurde.

Ehrenfest verhaftet. Nach einer Meldung aus Lissabon wurde dort am Samstag der frühere Direktor der Wiener Kreditanstalt Friedrich Ehrenfest, auf Grund eines österreichischen Steckbriefs von der Hafenpolizei verhaftet, als er sich an Bord eines Ueberseesdampfers begeben wollte. Eine Auslieferung dürfte kaum in Frage kommen, da er nur wegen fahrlässiger Bankrottverletzung verhaftet wird, auf den sich das portugiesisch-österreichische Auslieferungsabkommen nicht erstreckt.

Nach kurzer Haft von einigen Stunden wurde Ehrenfest wieder auf freien Fuß gesetzt.

Churchill verunglückt. Der frühere englische Schachkanzler Churchill, der am Freitag mit dem Lloyd-Dampfer „Europa“ in New York eingetroffen war, ist dort in der Nähe des Stadtparks von einem Kraftwagen niedergeworfen worden. Die Verletzungen an Stirn und Nase sollen aber nicht bedeutend sein.

Schlachtverbot für Pferde in Rußland. Die Sowjetregierung hat das Schlachten von arbeitsfähigen Pferden verboten bei einer Geldstrafe des zehnfachen Werts des Pferdes und Beschlagnahme des Vermögens. Die Zunahme der Pferde-schlachtungen ist auf den Ledermangel und die hohen Lederpreise, sowie auf die übertriebene „Mechanisierung“ der Landwirtschaft zurückzuführen, da die unteren Behörden glauben, nach Einführung der Traktoren seien Pferde nicht mehr nötig.

Schweres Schiffsunglück in China. An der Mündung des Yangtseki-Flusses erfolgte auf dem Dampfer „Lach“ eine Explosion, die sofort das Schiff in Brand setzte. Von den 600 chinesischen und japanischen Reisenden konnten nur etwa 300 gerettet werden.

Entgleisung des Schnellzugs Warschau-Wien. In der Nähe von Rogow in Kongresspolen entgleiste am Montagabend der Schnellzug Warschau-Wien, doch gelang es dem Lokomotivführer, den Zug so schnell anzuhalten, daß ein größeres Unglück verhindert wurde. Einige Personen wurden durch herabfallende Gepäckstücke und eingedrückte Fenster-scheiben leicht verletzt. Die Untersuchung ergab, daß die Schienen an der Unglücksstelle von verdorbenen Hand losgeschraubt worden waren. Bei Rogow sind in den letzten Jahren schon wiederholt Eisenbahnzüge aus ungeklärter Ursache entgleist.

Churchill an Rippenfellentzündung erkrankt. Aus New York wird gemeldet, daß sich infolge des Autounfalls bei Churchill eine Rippenfellentzündung eingestellt habe.

Wirbelstürme in Amerika. In Südkansas haben Wirbelstürme großen Schaden angerichtet.

Indischer Bezirksrichter von Frauen niedergeschossen. Der Richter für den Bezirk Tipperah in Bengalen ist am Montag von zwei bengalischen Frauen erschossen worden, deren Verhaftung er angeordnet hatte.

Furchtbare Feuersbrunst in Bangkok. Im chinesischen Geschäftsviertel der Hauptstadt von Siam, Bangkok, sind etwa 500 feste Häuser, darunter die Laik von Kanton, abgebrannt. Der Sachschaden wird auf 10 Mill. Mark geschätzt.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk W.G.

Donnerstag, 17. Dezember

6.15: Jellungabe, Wetterbericht, Sonnensh. 7.10: Wetterbericht, 10.00: Schallplatten, 11.00-11.15: Nachrichten, 12.00: Wetterbericht, 12.45: Funkübertragung, 13.00: Schallplatten, 13.30: Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Schallplatten, 14.30: Spanischer Spokenstanz (für Mädchen), 15.00: Englische Sprachunterricht für Anfänger, 15.30: Sonnet, 15.50: Jellungabe, Vortrag: „Womit spielen unsere Kinder?“, 16.00: Sonnet, 16.30: Jellungabe, Wandernachrichten, 16.45: Vortrag: „Wie sieht es mit der Weihnachtsgesellschaft aus?“, 17.00: Emil bei Hell aus „Gottfried August Bürger“, 18.30: Jellungabe, Wetterbericht, 18.30: Aufgaben der Waidenschaft, 20.00: Orchesterkonzert, 21.00: Romantische Improvisationen, 22.30: Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten, 22.50-23.40: Musikische Waid.

Schulfunk im Rundfunk. Mit Beginn des neuen Jahres will laut „Länd. Zeitung“ der Süddeutsche Rundfunk den Schulfunk in seinen Arbeitsplan aufnehmen. Mit Zustimmung der württembergischen und badischen Kultusministerien soll vorläufig jeden Samstag — zum ersten Male am 9. Januar — vormittags 11.30 bis 12 Uhr Schulfunk gesendet werden. Die Sendungen sollen in erster Linie den oberen Klassen der Volksschulen und der höheren Schulen zugänglich gemacht werden. Geplant sind zunächst je einmal monatlich deutsche Sprachproben, Erd- und Völkertunde, Instrumententunde und ein Hörspiel. — Diese Einrichtung eröffnet unübersehbare Sparsparausichten. Schließlich wird man die Lehrer überhaupt entbehrlich können und den ganzen Unterricht von der Reichszentrale Berlin aus besorgen.